

WIEDERGUTMACHUNG

Mehr Geld aus Bonn

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die jüdische Claims Conference und die Bundesregierung nun endgültig über Entschädigungszahlungen an jene Holocaust-Überlebenden geeinigt, die bei der Wiedergutmachung bisher leer ausgegangen sind. Die Regierung verpflichtet sich, nicht nur 200 Millionen Mark in einen Fonds für rund 18 000 noch nicht entschädigte Opfer aus Osteuropa zu zahlen. Zusätzlich sollen die Kriterien für „schwergeschädigte jüdische“ Opfer in westlichen Ländern so vereinfacht werden, daß

auch weitere Verfolgte erstmals mit Unterstützung rechnen können. So wurde etwa bei der Berechnung der KZ-Haftdauer bislang die Verschleppung in KZ-ähnliche NS-Speziallager in Österreich oder in Arbeitslager an der österreichisch-ungarischen Grenze nicht anerkannt. Das wird sich jetzt ändern. Außerdem bleiben künftig die staatlichen Sozialleistungen in den USA ab dem Alter von 70 Jahren unberücksichtigt, wenn die zulässige Einkommensgrenze (16 000 US-Dollar jährlich für Ledige, 21 000 für Ehepaare) errechnet wird. Für Israel ist eine ähnliche Lösung vorgesehen. Die Claims Conference rechnet mit jährlichen Entschädigungen von insgesamt rund 45 Millionen Mark.



Kinkel, Tochter Andrea

SOMMERLOCH

„Viel Lärm um nichts“

Für Aufregung sorgte vorige Woche die Meldung, Andrea Tuval, die Tochter von Außenminister Klaus Kinkel, werde die israelische Staatsbürgerschaft vorenthalten – zu Unrecht, denn an der Geschichte stimmte fast nichts.

Die beiden großen israelischen Tageszeitungen „Jedioth Acharonoth“ und „Ma'ariv“ hatten übereinstimmend am vorletzten Sonntag berichtet, der Einbürgerungsantrag der Kinkel-Tochter sei vom Jerusalemer Innenministerium zurückgesandt, der Nationalitäteneintrag „jüdisch“ durchgestrichen und durch „deutsch“ ersetzt worden. Die Deutsche Presse-Agentur in Tel Aviv machte daraus eine Meldung für zu Hause, und die Redaktionen in Deutschland druckten munter nach („Kinkel-Tochter darf noch keine Israelin werden“) – immer in der Hoffnung auf den Skandal: Ultraorthodoxe Eiferer in Jerusalem beschwören womöglich eine diplomatische Krise herauf. Andrea Tuval, geborene Kinkel, lebt zusammen mit ihrem Mann Ofir Tuval, einem Israeli, in Berlin. Im Juli beantragte das Paar beim israelischen Konsulat in

Berlin die Eintragung ihrer Tochter Sivan ins Melderegister – Voraussetzung für die Erstellung israelischer Papiere. Die bekommt Sivan in jedem Fall, da ihr Vater israelischer Staatsbürger ist. Um die Religionszugehörigkeit der Tochter einzutragen, benötigte das Konsulat nun aber den dafür entscheidenden Nachweis der Religion der Mutter. Andrea Tuval ist zum Judentum übergetreten, konnte oder wollte aber das entsprechende Zertifikat nicht vorlegen – der Vorgang wurde aus bürokratischen Gründen erst mal zu den Akten gelegt. Das israelische Innenministerium hatte – entgegen allen Zeitungsberichten – nichts mit der Angelegenheit zu tun. Din Heiman, Sprecher der israelischen Botschaft in Bonn: „Das war nun wirklich viel Lärm um nichts.“ Inzwischen ist der Antrag komplett – und auf dem Weg ins Heilige Land.

